

Stephan Pohlkamp

'Wie sag´ ich's meinem Bürger?' - Über unpopuläre politische Entscheidungen in der kommunalen Politik und ihre Vermittlung durch die Medien am Beispiel der Stadt Rheine

Magisterarbeit

BEI GRIN MACHT SICH IHR WISSEN BEZAHLT



- Wir veröffentlichen Ihre Hausarbeit, Bachelor- und Masterarbeit
- Ihr eigenes eBook und Buch - weltweit in allen wichtigen Shops
- Verdienen Sie an jedem Verkauf

Jetzt bei www.GRIN.com hochladen
und kostenlos publizieren



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de/> abrufbar.

Dieses Werk sowie alle darin enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsschutz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlanges. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Auswertungen durch Datenbanken und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe (einschließlich Mikrokopie) sowie der Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, vorbehalten.

Impressum:

Copyright © 2004 GRIN Verlag
ISBN: 9783638410656

Dieses Buch bei GRIN:

<https://www.grin.com/document/43214>

Stephan Pohlkamp

'Wie sag´ ich's meinem Bürger?' - Über unpopuläre politische Entscheidungen in der kommunalen Politik und ihre Vermittlung durch die Medien am Beispiel der Stadt Rheine

GRIN - Your knowledge has value

Der GRIN Verlag publiziert seit 1998 wissenschaftliche Arbeiten von Studenten, Hochschullehrern und anderen Akademikern als eBook und gedrucktes Buch. Die Verlagswebsite www.grin.com ist die ideale Plattform zur Veröffentlichung von Hausarbeiten, Abschlussarbeiten, wissenschaftlichen Aufsätzen, Dissertationen und Fachbüchern.

Besuchen Sie uns im Internet:

<http://www.grin.com/>

<http://www.facebook.com/grincom>

http://www.twitter.com/grin_com

Hauptfach: Politikwissenschaft

„Wie sag´ ich´s meinem Bürger?“

Über unpopuläre politische Entscheidungen in der
kommunalen Politik und ihre Vermittlung durch die Medien
am Beispiel der Stadt Rheine

Hausarbeit

zur Erlangung des Grades eines Magister Artium
der
Philosophischen Fakultät
der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Westfalen

Vorgelegt von
Stephan Pohlkamp
aus
Rheine/Mesum
2004

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
Vorwort	4
1 Einleitung	6
2 Politik und Medien – Eine Eingrenzung des Forschungsfeldes	8
2.1. Definitionen im Vorfeld.....	8
2.1.1 Politik - Begriffsbestimmung.....	8
2.1.3 Politikvermittlung - auch auf kommunaler Ebene	12
2.1.4 Konflikte und Konfliktarten auf lokaler Ebene.....	16
2.1.5 Politischer Protest und Bürgerinitiativen	17
2.1.6 Partizipationsmöglichkeiten.....	19
2.1.7 Öffentlichkeit und öffentliche Meinung	22
2.1.8 Die Medien und ihre Funktionen für die Politik.....	26
2.2 Zusammenfassung.....	30
3 Die Forensische Übergangs-Klinik in Rheine	31
3.1 Ausgangssituation – Warum eine Forensik in Rheine?	31
3.1.1 Maßregelvollzug – Was ist das eigentlich?.....	33
3.1.2 Rechtliche Grundlagen – Wer wird im Maßregelvollzug behandelt?.....	34
3.2 Rheine als Standort	35
3.2.1 Rheine als Mittelstadt und Garnisonsstadt im Münsterland	35
3.2.2 Schlechte finanzielle Lage durch Rückschläge.....	36
3.2.3 Stadtgebiet und Rheine/Bentlage.....	36
3.3 Die Akteure und ihre Positionen.....	36
3.3.1 Bundesgesundheitsministerin Andrea Fischer und das Land NRW	37
3.3.2 Die Stadt Rheine	38
3.3.3 Die Bürgerinitiative „Pro Rheine“	39
3.3.4 Pferdezüchter Franz Temmen	40
3.3.5 Die Tageszeitungen „Münstersche Zeitung“ und „Münsterländische Volkszeitung“.....	41
3.4 Zusammenfassung.....	41

4	„Wie sag´ ich’s meinem Bürger?“ – Inhaltsanalyse	43
4.1	Forschungsinteresse	43
4.2	Methodenauswahl und Untersuchungszeitraum	44
4.2.1	Quellenmaterial.....	45
4.2.2	Art der Quellen und Häufigkeiten.....	46
4.3	Forschungsablauf	47
4.3.1	Hypothesenauswahl und Begründung.....	47
4.4	Ergebnisse der Auswertung	51
5	Evaluation der Untersuchung.....	71
5.1.1	Beantwortung der Hypothesen zum Themenfeld I	71
5.1.2	Beantwortung der Hypothesen zum Themenfeld II.....	75
5.2	Methodenkritik.....	79
6	Gesamtergebnis im Zusammenhang.....	81
	Abbildungsverzeichnis	85
	Abkürzungsverzeichnis.....	86
	Anhang I: Abbildungen	87
	Anhang II: Tabellen	92
	Anhang III: Kommentar zum Codebuch.....	98
	Literaturverzeichnis	105

Vorwort

„Konflikt ist Freiheit, weil durch ihn allein die Vielfalt und Unvereinbarkeit menschlicher Interessen und Wünsche in einer Welt notorischer Ungewissheit angemessen Ausdruck finden kann.“ Ralf Dahrendorf, ehemaliger Vorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung, 1997



Am 27. Dezember 2002 ist zwischen dem Land NRW und der Stadt Rheine eine Vereinbarung geschlossen worden, die es dem Land mit Zustimmung der Stadt ermöglicht, auf dem Gelände der sogenannten „Holländerkaserne“ eine Übergangseinrichtung für Maßregelvollzugspatienten (Forensische Übergangsklinik) zu errichten. In diesem Vertragswerk wurde geregelt, dass die Nutzungsdauer auf sieben Jahre (ab Inbetriebnahme) beschränkt ist und maximal 90 Behandlungsplätze bereit gestellt werden. Ebenso ist vereinbart worden, dass das Gelände höchste Sicherheit bietet und die dort untergebrachten Patienten keine Lockerungen wie beispielsweise Freigang außerhalb des Geländes erhalten.

Träger dieser Übergangseinrichtung ist der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL). Dieser hat die Betriebsführung der Einrichtung als Betriebsstätte der Westfälischen Klinik Schloss Haldem, einer Maßregelvollzugseinrichtung zur Behandlung und Rehabilitation straffällig gewordener Suchtkranker, übertragen. Die Planungen für die erforderlichen Umbaumaßnahmen sind abgeschlossen. Die behördlichen Genehmigungen hierzu liegen ebenfalls vor, hiergegen sind allerdings drei Widersprüche bei der Bezirksregierung Münster eingegangen. Ein Nachbar hatte zudem gegen die beabsichtigten Umbaumaßnahmen beim Verwaltungsgericht Münster eine einstweilige Anordnung beantragt.

Das Land NRW hat jedoch, nachdem vom Verwaltungsgericht und in nächster Instanz vom Oberverwaltungsgericht dem Antrag auf aufschiebende Wirkung (=Baustop) des Anliegers nicht stattgegeben wurde, den Startschuss für die Umbaumaßnahmen gegeben. Unter Berücksichtigung der prognostizierten Umbauphase ist die Inbetriebnahme der forensischen Übergangsklinik in Rheine zum ersten Januar 2005 geplant. Der bisherige Baufortschritt weist auch darauf hin,

dass dieser Termin eingehalten werden kann. So haben beispielsweise bereits die Innenarbeiten an den Unterkünften begonnen.

Dieses Thema hat die Bürger der Stadt Rheine in den vergangenen zwei Jahren bewegt wie kaum ein Anderes. Viele Bürger fühlten sich überrumpelt versuchten ihren Ängsten und Sorgen in irgendeiner Form Ausdruck zu verleihen. Am Rand einer der größten Hauptstraßen Rheines, der Salzbergener Straße, welche die Stadt Rheine mit dem Nachbarort Salzbergen verbindet und direkt an der geplanten Forensischen Übergangsklinik vorbeiführt, waren monatelang Protest-Plakate aufgestellt. Vor allem direkte Anwohner verliehen mit diesen Mitteln ihrem Unmut Ausdruck. Doch nicht nur direkt Betroffene protestierten – der Großteil der Einwohner war gegen die geplante forensische Übergangsklinik. Der Stadtrat steckte in der Klemme: er konnte gegen die Entscheidung durch den Landtag nichts unternehmen, zudem riskierte er durch eine abwehrende Haltung den letzten Rest an Mitspracherecht. Andererseits musste er nun „seinen“ Bürgern klarmachen, dass diese Forensische Übergangsklinik kommt. Aber wie sollten die Kommunalpolitiker, allen voran der Bürgermeister, dies tun ohne ihre Wiederwahl zu gefährden? Die nächsten Kommunalwahlen in NRW finden am 26. September 2004 statt, rund vier Monate vor dem geplanten Einzug der ersten Patienten in die neue forensische Übergangsklinik in Rheine. Ihnen stellte sich also schnell die Frage: *Wie sag´ ich´s meinem Bürger?*

Die vorliegende Arbeit will Antworten auf diese Frage geben, indem sie die Rolle der Medien in dem Diskurs zu diesem Konflikt beleuchtet und gleichzeitig aufzeigt, wie sich der Diskurs im untersuchten Zeitraum gestaltete.

1 Einleitung

Die Einrichtung einer Forensischen Übergangsklinik ist sicher ein extremes Beispiel für eine unpopuläre politische Entscheidung. Eine forensische Klinik zu errichten, schließt immer auch die sehr wahrscheinliche Möglichkeit ein, dass unter den Patienten Sexualstraftäter sind. Kaum ein Thema berührt die Bürger mehr, als die Unterbringung psychisch kranker Sexualstraftäter. Vor allem auf kommunaler Ebene wird eine solche Entscheidung wohl nirgends positiv aufgenommen – schließlich fühlen sich die Einwohner einer Gemeinde oder Stadt von der Einrichtung einer Forensik unmittelbar betroffen. Dabei spielen oftmals Ängste und Sorgen eine große Rolle, die durch Nicht-Wissen um das Thema entstehen. Als die Mitglieder der Bürgerinitiative „Pro Rheine“ beispielsweise kurz nach dem Bekanntwerden der Pläne des Landes mehrere Unterschriftenaktionen durchführte, waren sie verblüfft über die Fragen seitens der Besucher. Wie aus Gesprächen mit Christoph Temmen, einem der Mitbegründer der Initiative, hervorging verwechselten einige ältere Bürger zu Beginn der Unterschriftensammlungen den Begriff „Forensik“ sogar noch mit dem der „Floristik“.

Das Beispiel der Stadt Rheine kann nicht als repräsentativ für die Vermittlung unpopulärer politischer Entscheidungen in Deutschland gelten. Diesem Anspruch auf Allgemeingültigkeit will diese Arbeit auch nicht gerecht werden. Vielmehr geht es darum, die Ergebnisse der aktuellen Forschung zum Bereich Medien und Politik, und hier insbesondere zur Politikvermittlung, darzustellen und auf das Beispiel der Stadt Rheine anzuwenden. In dieser Arbeit sollen nicht die Wege der Entscheidungsfindung im Mittelpunkt stehen, sondern die Untersuchung des Konfliktes nach Bekanntgabe der Entscheidung im Hinblick auf die Medien und den Ablauf des Diskurses. Hatten die Medien besonderen Einfluss auf den Konfliktverlauf? Welche Rolle haben sie eingenommen? Waren die Beteiligungschancen am Diskurs in den Medien gleich? Wie verlief der Konflikt in der Berichterstattung? Welche Rückschlüsse lassen sich aus der Beantwortung dieser Fragen für die Wissenschaft ziehen? Diese Fragen sind richtungsweisend für das Forschungsinteresse in der vorliegenden Arbeit.

Zu Beginn werden die für die Untersuchung relevanten übergreifenden Theorien aus der Wissenschaft erläutert. Anschließend wird der Fokus nach und nach enger gezogen und schließlich auf der lokalen Ebene liegen. Hier wird es um die Politikvermittlung durch die Medien im Rahmen der kommunalpolitischen Forschung gehen. Dabei handelt es sich um ein Subsystem dritter Ordnung, da der Schwerpunkt sich von der gesamtgesellschaftlichen Ebene zum Feld Medien und Politik verlagert und schließlich die theoretischen Grundlagen für dieses Feld auf lokaler Ebene untersucht werden.

Anhand der theoretischen Vorüberlegungen wird anschließend zunächst anhand einer Inhaltsanalyse das Quellenmaterial aus der lokalen Presse in der Stadt Rheine kategorisiert und ausgewertet. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich dabei vom Beginn der Berichterstattung in den Medien bis zum Inkrafttreten des Vertrages zwischen dem Land NRW und der Stadt Rheine. Durch die empirische Auswertung der Berichterstattung soll untersucht werden, ob sich bestimmte Annahmen, so genannte Hypothesen, verifizieren oder falsifizieren lassen.

Haben sich die Annahmen über die Rolle der Medien und den Ablauf des Diskurses im vorliegenden Konflikt bestätigt, bzw. mussten sie aufgrund der Ergebnisse verworfen werden, so lässt dies im nächsten Schritt Rückschlüsse zur Beantwortung der forschungsleitenden Fragen zu. Aus der Beantwortung dieser Fragen können dann Aussagen über den Konflikt in Rheine getroffen werden. So kann die Frage „*Wie sag´ ich´s meinem Bürger?*“ am Ende mit Blick auf die Stadt und auch auf die Medien beantwortet und der Fall Rheine in den wissenschaftlichen Gesamtzusammenhang eingeordnet werden.